70. Jahrgang. № 581 Sonnabend, 12. Dezember 1925

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Dezember 1925 bei tägl. zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mark. Postbezugspreis für Monat Dezember 3 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einspaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 10 Pfg. Auswärt. Aufträge gegen Vorausbezahl.

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/42.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Feurich Flügel — Ersten Ranges — **JULIUS FEURICH** Pianohandlung G. m. b. H. Verkaufslokal: Prager Straße 9 (Eingang Musikhaus Bock) — Ersten Ranges — **Feurich** Pianos

Aufbesserung der Beamtenbezüge.

Ein Regierungsangebot abgelehnt. — Der Ausschuß für Erhöhung des Teuerungszuschlages.

Bevorstehender Kabinettsauftrag für Dr. Luther. — Die schwankende Stellung Loucheurs. — Türkische Vermittelungsbemühungen in Paris

Die Regierung für eine Weihnachtsbeihilfe.

Ein weitergehender Beschluß des Haushaltausschusses.

Berlin, 11. Dez. In der Abendsitzung des Haushaltausschusses des Reichstages schlug **Staatssekretär Fischer vom Reichsfinanzministerium** dem Ausschusse im Interesse einer schnell zu erledigenden Zuwendung für die Beamten und Angestellten folgende Regelung vor:

Es soll den Beamten, Wartegeld- und Ruhegehaltsempfängern, Angestellten und Beamtenhinterbliebenen der Gruppe I bis IV eine einmalige Zuwendung in Höhe von einem Viertel eines Monatsbezuges,

den Beamten der Gruppe V und VI eine solche von einem Fünftel eines Monatsbezuges gegeben werden mit der Maßgabe, daß der Mindestbetrag für Ledige auf 30 Mark festgesetzt wird, der sich für jeden Frauen- und Kinderzuschlag um je 5 Mark erhöht und für die Vollwaisen insgesamt 10 Mk. beträgt.

Die **Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen** sollen **eine Zuwendung von einem Viertel eines Monatsbezuges erhalten.**

Staatssekretär **Fischer** erklärte hierzu, daß dies gegenwärtig das **Aeußerste** sei, was bei dem Stande der Finanzen auszuführen sei. Man müsse auch die **Rückwirkungen** bedenken, **die auf die Finanzen der Länder** entstehen, und man wolle doch vor allem schnelle Hilfe bringen.

Nach längerer Aussprache wurde festgestellt, daß sich die Mehrheit des Ausschusses **nicht auf den Standpunkt der Regierung** stellen könne. Es wurde vielmehr ein Antrag des Zentrums angenommen, in dem verlangt wird, daß der **allgemeine Teuerungszuschlag** für die Beamten der Gruppen I bis IV von 12,5 Prozent auf 25 Prozent, für die Beamten der Gruppen V und VI von 12,5 Prozent auf 20 Prozent **erhöht** werden soll. Die Beträge können kapitalisiert werden und in einmaliger Summe ausbezahlt werden.

Die Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge.

Der Haushaltausschuß für zwanzigprozentige Aufbesserung.

Berlin, 11. Dez. In der Nachmittagssitzung beschloß der Haushaltausschuß des Reichstages, daß mit sofortiger Wirkung die Unterstützungssätze in der Erwerbslosenfürsorge für die **Hauptunterstützungsempfänger** um 20 v. H. erhöht werden sollen; für unterstützungsberechtigte **Familienangehörige** sollen die Unterstützungssätze um 10 Prozent erhöht werden. Die Höchstgrenzen für eine Familienunterstützung werden ebenfalls um 10 Prozent erhöht.

Dieser Beschluß tritt an Stelle des gestrigen Beschlusses des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages.

Eine neue bedeutsame Stillegung.

Berlin, 11. Dez. Die Leitung der **Phönix**-A.-G. (Westfälische Union in Hanau) hat beim Demobilmachungskommissar in Arnsberg den Antrag auf **vollständige Betriebsstillegung** des Werkes eingeleitet. Eine Entscheidung über den Antrag ist noch nicht erfolgt. Es finden zunächst mit einem Regierungsvertreter und der Werkleitung Verhandlungen an Ort und Stelle statt. Wird der Betrieb endgültig stillgelegt, so kommen 5000 Arbeiter zur Entlassung.

Die in Aussicht genommenen Einschränkungsmaßnahmen bei der Phönix-A.-G. stehen, wie das W. T. B. erfährt, im Zusammenhang mit den Verhandlungen über **Verbandsbildungen** in der **Eisenindustrie**. Kommen diese Verhandlungen nicht zustande, so wird eine Betriebsstillegung voraussichtlich nicht zu umgehen sein, doch soll auch in diesem Falle ein kleiner Teil der 5000 Mann starken Belegschaft weiter beschäftigt werden. Zu erwähnen ist noch, daß infolge des Streiks das **Stahlwalzwerk** der Abteilung Hörder Verein seit dem 5. Dezember bis auf eine ungewisse Zeit stillgelegt worden ist.

•

Bielefeld, 11. Dez. Die Ravensberger Spinnerei, die den Betrieb mit Kurzarbeit an zwei Wochentagen bisher aufrechterhalten hat, wird ab 18. Dezember vorläufig auf vier Wochen den Betrieb **ganz einstellen**. An diesem Tage kommen 800 Arbeiter zur Entlassung. **In verschiedenen großen Fabriken der hiesigen Seidenindustrie werden etwa 800 Arbeiter auf längere Zeit entlassen.** (W. T. B.)

Bayern für die Steuerhoheit der Länder.

München, 11. Dez. Die Koalitionsparteien des Bayrischen Landtages haben vereinbart, alle Anträge, die das bayrische **Staatssystem** berühren, zum Gegenstand **vorheriger Besprechungen** zu machen, um für die Durchführung die gemeinsame Verantwortung übernehmen zu können. Ein erster gemeinsamer Antrag ersucht die Staatsregierung u. a., mit den übrigen Ländern ins Benehmen zu treten, daß bald mit dem Reiche ein **Finanzausgleich** herbeigeführt wird, der **den Ländern und in bestimmtem Umfang auch den übrigen öffentlichen Körperschaften die Steuerhoheit sicherstellt. Bei den Verhandlungen soll erneut die Vermögens-, Einkommens- und Körperschaftssteuer, mindestens aber das Zuschlagsrecht für diese Steuern gefordert werden, unter Beschränkung des Anteiles des Reiches auf 10 Prozent.** Die Geldentwertungsabgabe soll durch eine die tatsächlichen Inflationsgewinne erfassende Steuer ersetzt werden. (W. T. B.)

Das Kriegspiel der Tupane.

Tupane oder Generale nennen sich die Männer, in deren Hand augenblicklich Gegenwart und Zukunft von China liegt. Täglich berichten die Zeitungen über unbegreifliche Vorgänge im Fernen Osten, deren innere Zusammenhänge dem Europäer verborgen bleiben; unverständliche und unaussprechliche Namen erschweren es, den Gang der Entwicklung zu erkennen, und überdies scheinen die Ereignisse die europäischen Angelegenheiten so wenig zu berühren, daß das Interesse des Lesers an der Rubrik: Wirren in China rasch erlahmt. Und doch ist es ein Irrtum, anzunehmen, die Wandlungen eines Dreihundert-Millionen-Reiches könnten weltpolitisch bedeutungslos bleiben; in Wahrheit sind es ja auch gar nicht die Privatmachenschaften der Hauptmatadoren Tschang, Feng und Wu oder der südchinesischen Kantonregierung allein, um die es sich auf dem chinesischen Schachbrett handelt, sondern die alten Gegensätze zwischen England, Japan, Rußland und Amerika einerseits und die feindselige Gesinnung der Chinesen gegen die Yan-Knei-dzes, die „Ueberseeteufel", in ihrer Gesamtheit anderseits, die in den innerchinesischen Wirren zum Ausbruch kommen. Deshalb müssen wir uns immer von neuem ein Bild von Ostasien zu machen versuchen, denn am Sinken der Wage im Fernen Osten werden wir alsbald die Erleichterung der steigenden Schale im Westen wahrnehmen können.

Diesen chinesischen „Bürgerkrieg" — der Ausdruck freilich deckt nur entfernt das, was im Reiche der Mitte wirklich vorgeht — charakterisiert vor allem eine fast krankhafte Furcht vor Entscheidungen: Heere werden aufgestellt, die weniger zum Schlagen blutiger Schlachten, als zu taktischen und strategischen Manövern bestimmt sind. Die Tupane und Zivilgouverneure der großen Provinzen legen sich Armeen zu, nicht um in erster Linie den Gegner aus seinen Stellungen zu vertreiben, sondern um das eigene Ansehen zu erhöhen. Sie spielen sich auf wie die Gebieter selbständiger Teilstaaten, die die Zentralregierung in Peking nur insoweit anerkennen, als sie diese als Werkzeug gegen ihre persönlichen Feinde hoffen mißbrauchen zu können. Im übrigen herrschen sie souverän über weite Gebiete, deren jedes einzelne so groß wie ein Viertel von Europa ist; an einem systematischen Vernichtungsfeldzug haben sie kein Interesse, sie würden dadurch nur die Grundlagen ihrer Verpflegung und wirtschaftlichen Macht vernichten. So warten sie lieber auf Gelegenheiten, bei denen sie Vorteile erringen können, ohne selbst viel aufs Spiel zu setzen. Ueberdies bringen es die Eigentümlichkeiten des Landes mit sich, daß vor und während der Ernte größere Kämpfe unter allen Umständen vermieden werden. So treten, wenn es wirklich einmal zu schwereren Auseinandersetzungen gekommen ist, ganz von selbst wieder Ruhepausen ein, in denen der unterlegene General genug Zeit hat, seine erschütterte Stellung aufs neue zu festigen. Deshalb haben sich die Machtgruppierungen seit vorigem Jahre nicht wesentlich verändert; wir begegnen wohl neuen Namen, aber bei näherem Hinschauen handelt es sich meist nur um neue Aushängeschilder, hinter denen die alten Exponenten der feindlichen Hauptlager am Werke sind.

Noch immer steht zwischen Jangtsekiang und Amur, also am weitesten östlich **Tschangtsolin**, der Herr der Mandschurei. Wenigstens war er es bis jetzt. Aber gerade hier scheinen in den letzten Tagen wichtige Ereignisse vorgegangen zu sein, die der Macht dieses bekanntesten und rücksichtslosesten aller Tupans empfindlichen Abbruch getan haben. Die Meldungen widersprechen allerdings einander; nach der einen Quelle soll er infolge einer Palastrevolution seines eigenen Sohnes den größten Teil seiner Anhänger verloren und sein Hauptquartier Mukden geräumt haben, nach einer anderen scheint die Sache weit weniger verhängnisvoll gewesen zu sein. Gewiß ist jedenfalls, daß bei der diesjährigen Kampagne das Schwergewicht in der Mandschurei liegen wird; hinter Tschangtsolin steht **Japan**, das der Neutralität in einem Kampfe müde zu werden beginnt, welcher für die ostasiatische Großmacht von lebenswichtiger Bedeutung ist. Die verschleierte Unterstützung Tschangs scheint man in Tokio preisgeben zu wollen, ganz offen werden über Korea japanische Truppen in die südliche und nördliche Mandschurei befördert, angeblich auf Wunsch der dortigen Fremdenkolonien und „lediglich" zum Schutze des Eisenbahnverkehrs, in Wirklichkeit aber aus Sorge um den wachsenden Einfluß **Rußlands**, das sich des Tupans **Feng-Yu-hsiang** bedient, um das sehnlich erwünschte Ziel Karachans, die Bolschewisierung Chinas, zu erreichen. Dieser als der „christliche" General bekannte Condottiere beherrscht westlich von Tschangtsolin die

Bevorstehender Rücktritt Loucheurs.

Die unlösbare französische Finanzkrise.

Paris, 11. Dez. Der Finanzminister erläuterte heute vor der Finanzkommission seine Pläne. Er betonte die Absicht der Regierung, zu einer schnellen Stabilisierung des Franken zu kommen. So schnell wie möglich müsse eine Schuldenregelung mit Amerika herbeigeführt werden. Was die Kriegsschulden an England anbelange, so würde eine Regelung erst nach dem Zustandekommen einer Einigung mit Amerika erzielt werden. **Die Ausführungen Loucheurs wurden von der Kommission nicht günstig aufgenommen.** Die parlamentarische Stellung des Finanzministers ist nach wie vor äußerst schwierig. **Der Widerstand gegen sein Programm hat sich verschärft, so daß er nicht einmal auf die Unterstützung seiner eigenen Partei rechnen kann.** Die Ablehnung der Pläne Loucheurs kommt auch in der großen Zahl von Gegenentwürfen zum Ausdruck. So haben die drei Kartellgruppen mit der Ausarbeitung eines gemeinsamen Entwurfes begonnen. **Ein Teil der Presse verlangt den sofortigen Rücktritt Loucheurs. Man hält es für wahrscheinlich, daß es nicht zu einer öffentlichen Kammerdebatte kommen wird, sondern daß Loucheur bereits bei der Abstimmung innerhalb der Finanzkommission in die Minderheit versetzt wird und freiwillig zurücktritt.** Die Finanzkommission wird morgen vormittag wieder zusammentreten. (T. U.)

Loucheurs Entwurf über die Schuldenablösung.

Paris, 11. Dez. In der heutigen Kammersitzung hat Finanzminister Loucheur, wie gestern bereits angekündigt, den Gesetzentwurf über die fakultative Konvertierung der öffentlichen Schuld eingebracht. Danach wird sämtlichen Inhabern von Staatsrenten eine neue **fünfprozentige Rente** angeboten. Diese ist von der Kapitalrentensteuer befreit, unterliegt jedoch der Umsatzsteuer für Inhaberwertpapiere und ist in 20 Jahren ab 1. Januar 1936 armortisierbar. Die Stücke der neuen fünfprozentigen Anleihe werden zum Nominalwert bei Bezahlung der Erbschaftssteuer bis zur Hälfte des Betrages der Steuer angenommen werden. (W. T. B.)

Fortdauernder Frankensturz.

Paris, 11. Dez. Der Frankensturz dauert fort. Das englische Pfund stieg heute nachmittag an der Pariser Börse zum ersten Male auf 130. Der amtliche Schlußkurs ist 130,75. Der Pfundkurs stieg nach der Börse weiter.

Bemerkenswerter Wahlreform-Eifer.

Paris, 11. Dez. Innenminister **Chautemps** erklärte heute vormittag vor dem Kammerausschuß für Wahlfragen, die Regierung bleibe dem **Arrondissements-Wahlsystem** treu. Es sei notwendig, daß das Parlament sich **unverzüglich** über den Standpunkt dieser Reform selbst ausspreche und erst dann die übrigen die Wahl betreffenden Einzelheiten bespreche. Der Minister wies darauf hin, daß die Regierung ihre ganze Autorität bei der Debatte im Parlament in die Wagschale werfen werde, um die Wahlreform in **kürzester Frist** durchzuberaten. (W. T. B.)

Der Eifer der Pariser Regierung deutet darauf hin, daß man mit der Wahlreform die Grundlage für kommende Neuwahlen schaffen will.

Ein Handstreich auf Damaskus.

London, 11. Dez. Wie „Daily Telegraph" aus **Damaskus** berichtet, haben aufständische Truppen in der Stadt bei hellem Tage einen **Ueberfall** unternommen. Sie entwaffneten die Gendarmerie in verschiedenen Teilen der Stadt und griffen französische Posten in den Christenvierteln an.

Paris, 11. Dez. Havas berichtet aus Beirut, **die Aufständischen hätten gestern mittag zwei Einfälle in Damaskus unternommen.** Der erste dieser Angriffe sei von 200 Mann ausgeführt worden, die gegen die beim englischen Hospital St. Louis errichtete **Barrikade** vorgedrungen seien. Der Angriff sei von Gendarmen und Polizisten, sowie durch das Feuer von **Maschinengewehren** und **Artillerie** abgeschlagen worden. Sieben der Angreifer seien dabei gefallen. **Der zweite Angriff sei von 20 Mann unternommen worden, die sich über einen Kirchhof angeschlichen hatten.**